

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Druckerei
und für Fernbestellungen die Postanstalten
entgegen. — Erscheint wöchentlich.
Gesamtpreis: 120 Pfennig.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlag: Auer Verlag, Leipzig
Druck: Auer-Druckerei, Leipzig

Telegraphen-Codebuch: 120 Pfennig

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Postfach-Nr. 1000

Nr. 78

Sonntag, den 3. April 1932

27. Jahrgang

England und die Donaufrage

Der „rettende“ Tardieuplan

London, 1. April. In ihren Kommentaren zu der Vierzehntagekonferenz über die Donaufrage weist die englische Presse auf die Gegensätze zwischen der englischen und der französischen Auffassung hin. Die Donaufrage, so heißt es im Daily Telegraph, sei in erster Linie keine Frage von lebenswichtiger Bedeutung für England, so daß die englische Regierung es sich leisten könne, ohne Leidenschaft die Lage zu beurteilen. England dürfe das Ziel der Vierzehntagekonferenz innerhalb des Westreiches nicht aus den Augen verlieren und müsse von diesem Gesichtspunkt aus die Wahrung seiner Rechte den Donaustaaten gegenüber betreiben. An eine finanzielle Hilfeleistung müsse es die Bedingung knüpfen, daß die zu leistenden Gelder zum Vorteil des englischen Handels benutzt würden. Allgemein stimmt man darin überein, daß die Gefahr eines Zusammenbruchs Osteuropas besteht. Auch die Lage Rumäniens sei ernst.

Der Daily Express sagt, ein wirtschaftlicher Zusammenbruch in Mitteleuropa würde eine unmittelbare Bedrohung des Wohlbefindens und der finanziellen Interessen Frankreichs bedeuten. Der Tardieuplan sei lediglich darauf berechnet, Frankreichs Interessen zu wahren und seine Stellung in Mitteleuropa zu sichern. Die Stille Englands, Italiens und Deutschlands beruhe darin, daß ohne ihre Zustimmung ein Erfolg unmöglich sei. Es handele sich bei der Konferenz darum, zu entscheiden, wer die Finanzierung durchführe und wer die politische Macht in Mitteleuropa haben solle.

Daily Herald befürchtet, daß der ganze Donauplan schon zu spät komme und daß eine Krise entstehen werde, wenn Tardieu der Konferenz keinen Plan aufzulegen wolle. Ansehen, die den kleineren Mächten lediglich die Fortsetzung ihrer Anpassungen

ermöglichen sollten, verbleibenden die Lage, anstatt sie zu verbessern. England habe es im Gegensatz zu Frankreich nicht für wünschenswert, daß die mitteleuropäischen Staaten am Goldstandard festhielten.

Paris, 1. April. In diesen französischen Blättern wird die Frage aufgeworfen, ob die Kaufpreise zwischen den englischen und den französischen Ministern nicht eine Wiederbelebung der Entente cordiale mit sich bringen könnten. Hierzu warnt das die englischen Verhältnisse kampf beurteilende Londoner Korrespondent des Daily Telegraphen. Man dürfe sich nicht einbilden, so heißt es, daß von der Wiederbelebung der Entente cordiale die Rede sein könne. Die englische Regierung wünsche, mit Frankreich und nützlichem unter Beteiligung anderer Mächte, nach den bestmöglichen Lösungen für die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu suchen. Vielleicht würden die Ereignisse England zeigen, daß kein höherwertiges Interesse ihm gebiete, daß England sich Frankreich anschließe. Für diese englisch-französische Zusammenarbeit arbeite die Welt.

Am 6. oder 7. April

Paris, 1. April. Man will wissen, daß die nach einer amtlichen Mitteilung für Mitte nächster Woche festgesetzte Vierzehntagekonferenz über die Donaufrage am 6. oder 7. April in London beginnen werde. Finanzminister Glavin, der Frankreich dabei vertritt, werde Gelegenheit haben, am 6. April seine persönlichen Besprechungen mit den Finanzkommissaren über die Vorbereitung des Reparationsproblems auf der Lausanne Konferenz fortzusetzen.

759 eröffnete Vergleichsverfahren bekanntgegeben. Die entsprechenden Zahlen für den Vormonat stellen sich auf 1091 bzw. 789.

Argentinien mit der Zahlung der Staatsgelder im Rückstand

New York, 1. April. Nach einer Meldung aus Buenos Aires ist Argentinien mit der Auszahlung von insgesamt 118 640 000 Pesos an Gehältern für die Beamten der Zivillverwaltung sowie an Soldaten für Meer und Marine im Rückstand. Das Finanzministerium erbat die Ermächtigung, eine Anleihe von 500 Millionen Pesos aufnehmen zu dürfen, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können.

Kaffee gegen deutsche Rohle

Sao Paulo, 1. April. Der brasilianische Finanzminister hat heute den Vertrag unterzeichnet, nach dem 500 000 Sack Kaffee gegen deutsche Rohle eingetauscht werden.

Massenkündigungen

in der ostoberschlesischen Industrie

Kattowitz, 1. April. Durch eine Entscheidung des Demobilisationskommissars ist die völlige Stilllegung der Wolkang-Grube zwar verhindert worden, doch wurde die Genehmigung zur Entlassung von 1050 Arbeitern erteilt, so daß die Belegschaft um die Hälfte vermindert wird.

Neuerdings sind wieder Anträge auf weitere Massenentlassungen eingegangen. So will die Gotthardt-Grube in Drogenau 1900 Arbeiter entlassen, ferner sollen größere Entlassungen auf der Waul-Grube in Friedrichshütte und auf der Hildebrandt-Grube in Neudorf vorgenommen werden. Ebenso sind Kündigungen in den Eisen- und Zinkhütten vorgenommen worden. Sämtliche Angestellte der Zinkhütte Bipina erhielten die Kündigung. Am 15. April soll die Stelvia-Hütte endgültig geschlossen werden. Ebenso sind die Beamten der Ferrum-Werke und ein Teil der Belegschaft der Bismarck- und Faldoc-Hütten vorfristig zum 30. Juni gekündigt worden. Auch in Gdowomyl ist der gesamten Belegschaft der Katharina-Hütte die Kündigung zugestellt worden.

Die polnische Presse bezeichnet diese neuen Maßnahmen der Industrieverwaltungen als den endgültigen Zusammenbruch der ostoberschlesischen Industrie.

Geheimrat Rastl gegen Autarkiebestrebungen

Frankfurt a. M., 1. April. Auf der Jahresversammlung des Verbandes mitteldeutscher Industrieller sprach heute das Präsidialmitglied des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Geheimrat Dr. h. c. Rastl über den „Kampf um Deutschlands wirtschaftliche Zukunft“. Der Vortragende ging von der immer schärfer werdenden Absperrung der einzelnen Völker untereinander aus und polemisierte gegen die diese nationale Autarkiebestrebungen fördernde Wirtschaftspolitik der einzelnen Staaten. Man dürfe nie außer Acht lassen, daß die deutsche Industrie zu fast einem Drittel für den Weltmarkt arbeite und daß Deutschland exportieren müsse, um seine privaten finanziellen Bedürfnisse erfüllen zu können. Ebenso sehr wie sich das deutsche Volk in seiner Gesamtheit gegen irgendwelche politischen Forderungen stemme, ebenso sehr sei Deutschland durchdrungen von der Notwendigkeit, seine privaten Verpflichtungen zu erfüllen. Allerdings müßten sich die Gläubigerländer Deutschlands darüber im Klaren sein, daß sie Deutschland die Möglichkeit zur Innehaltung seiner Verpflichtungen geben müßten, mit anderen Worten, bereit zu sein, deutsche Waren aufzunehmen. Deutschland habe alles getan, was von seiner Seite billigerweise erwartet werden konnte. Es liege nun bei den Gläubigern, dafür zu sorgen, daß die deutsche Wirtschaft arbeitsfähig bleibe. Geheimrat Rastl verlangte von der Regierung, sie möge die Bahn für die Unternehmerinitiative frei machen. In erster Linie müsse eine generelle Senkung des Lohnsatzes der öffentlichen Hand eintreten. Dann gelte es, die auf dem Gebiete der Arbeitsbedingungen bestehenden Hemmnisse zu beseitigen, wenn man erreichen wolle, daß wieder mehr Arbeitskräfte in den Wirtschaftsbetrieb eingeschaltet werden könnten. Ebenso bringlich sei die Umschuldung der Gemeindefinanzen sowie

Bürgerliches Wahlbündnis für die Preußenwahl getroffen

Berlin, 1. April. Wie das Nachrichtenbureau des B.D.Z. meldet, ist jetzt das Wahlbündnis zwischen der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei sowie der „Junge Rechte“ für die bevorstehende preußische Landtagswahl zustande gekommen. Zur „Junge Rechte“ gehören insbesondere die Volksoffizierspartei und Jugendgruppen, die ohne politische Selbständigkeit sich formiert haben, wie die Fichte-Gesellschaft usw. Die grundsätzliche Verständigung über die Platzierung auf den Listen liegt vor. Die Benennung der Kandidaten ist den Parteien überlassen. Die Landvolkpartei wird Anfang nächster Woche bekannt gegeben.

Graf Westarp führt die Landesliste der bürgerlichen Wahlgemeinschaft

Berlin, 1. April. Der preußische Landesauschuss der Wirtschaftspartei stimmte am Freitag den Vereinbarungen zu, die zwischen Wirtschaftspartei, Landvolk und „Junge Rechte“ über eine gemeinsame Landesliste für die preußische Landtagswahl getroffen worden sind. Wie das Nachrichtenbureau des B.D.Z. hört, wird die gemeinsame Landesliste vom Graf Westarp geführt. An zweiter Stelle der Landesliste kandidiert der Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Probst. Die dritte Stelle hat dann ein Vertreter der Landvolkpartei, dessen Name noch nicht feststeht. Auch die weiteren Stellen der Landesliste, die etwa 30 Namen umfaßt, sind nach einem bestimmten Schlüssel auf die drei beteiligten Gruppen verteilt. Der frühere Vorsitzende der preußischen Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei, Sabendorf, kandidiert für den preußischen Landtag nicht mehr.

Weitere Lehrerentlassungen in Memel?

Memelwachen nach dem litauischen Wahlgesetz
Romno, 1. April. Gelegentlich seines Romnoer Besuchs äußerte sich Direktor Simaitis gegenüber, daß es bei der Entlassung der 21 Lehrer im Memelgebiet nicht bleiben wird. Er werde außerdem keinen Beamten einstellen, der nicht auch die litauische Sprache beherrscht. Weder die Wahlen überhaupt noch Simaitis sehr optimistisch. Seiner Ansicht nach wolle die memelländische Bevölkerung mit der Politik des bisherigen Reichsparteien nicht einverstanden. Das werde sich bei den Wahlen zeigen. Die Landtagswahlen würden nach dem alten parlamentarischen Wahlgesetz Litauens erfolgen. Es wolle aber vorgehen, den Paragraphen 70 über die Mandatsverteilung neu zu interpretieren. Außerdem werde man das Stimmrecht abändern, jedoch der einzelne Kandidat gewählt werden dürfe. — Hierzu ist zu bemerken: Nach Artikel 20 des Wahlgesetzes werden die wahlberechtigten Rechte aller Beamten und Angestellten, die am 1. Januar 1928 im Memelgebiet angestellt waren, von den Behörden des Memelgebietes anerkannt. In seiner Stelle des Wahlgesetzes wird die Kenntnis der litauischen Sprache als Bedingung für die Entlassung von Beamten festgelegt. — Weiter hat sich kein Anknüpfungspunkt dafür ergeben, daß die memelländische

Bevölkerung mit der bisherigen Politik der Reichsparteien nicht einverstanden ist. Aus den Ausführungen des Herrn Simaitis scheint aber hervorzugehen, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, die eine normale Durchführung der Wahlen ermöglichen werden. — Hinsichtlich der Besetzung auf Artikel 70 des litauischen Wahlgesetzes ist zu bemerken, daß zwar Artikel 11 des Wahlgesetzes keine Anwendung zuläßt, daß aber andererseits Artikel 10 des Statuts ausdrücklich vorsieht, daß die Wahlmänner in „Ausgewählter, glücklicher, direkter und geheimer Wahl“ festzusetzen hat. Hinsichtlich der Landtagswahlen im Herbst 1930 sind Besuche der litauischen Organe, den Wahlkreis zugunsten der litauischen Bevölkerungselemente zu verhindern, durch Eingreifen des Reichsbundesrates verhindert worden.

Litauische Boykottforderung gegen Deutschland

Romno, 1. April. Das Organ der litauischen Kaufleute ruft auch in seiner neuesten Nummer zum Boykott deutscher Waren auf und fordert die Entfremdung sämtlicher deutscher Bürger, die hier wirtschaftlich tätig sind.

Zusammenkunft Ordens mit Reichthal

Berlin, 1. April. Reichsinnenminister Dr. Gerner, der die Oberste im Satz vertritt, hat, wie heute mit dem brennendsten Interesse Minister Reichthal zu einer Besprechung zusammenkommen. Über die Gegenstände selbst, die bei dieser Unterredung behandelt werden sollen, ist Näheres nicht bekannt.

Reiseplanung im Stahlhelm

Berlin, 1. April. Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Die nationalsozialistische Presse veröffentlicht einen Aufruf für Adolf Hitler, der auch vom Herzog Karl Edward von Koburg unterzeichnet ist. Der Inhalt dieses Aufrufes widerspricht der politischen Stellungnahme der Stahlhelmsführung. Seine Unterzeichnung durch den Herzog von Koburg ist geeignet, die einheitliche Politik des Stahlhelms zu schädigen. Die Bundesführer haben die nötigen Schritte eingeleitet.

Nationalsozialisten von Kommunisten angefochten

Berlin, 1. März. Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es heute abend in der Potsdamer Straße zu einem schweren Zusammenstoß. Drei Nationalsozialisten wurden durch Revolvergeschüsse schwer verletzt. Nach den polizeilichen Ermittlungen hatten die Nationalsozialisten sich auf der Straße unterhalten. Währenddessen erschienen zwei Kommunisten, die sofort ihre Pistolen zogen und mehrere Schüsse auf die völlig überraschten Nationalsozialisten abgaben. Die beiden Täter konnten noch nicht ergriffen werden.

Konkurse und Vergleichsverfahren im März

Berlin, 1. April. Nach Mitteilung des Statistischen Reichsamtes wurden im Monat März 1932 durch den Reichsanzeiger 975 neue Konkurse ohne die wegen Masse mangels abgelehnten Anträge auf Konkursöffnung und